



Die Trump-Administration hat gestern mit Nachdruck ihre Haltung gegenüber Diversitäts-, Gleichstellungs- und Inklusionsprogrammen (DEI) in US-Bundesbehörden bekräftigt. Bundesangestellten wurde mit „ernsthaften Konsequenzen“ gedroht, sollten sie Kollegen nicht melden, die gegen Anweisungen verstoßen, diese Programme zu eliminieren.

Zehntausende Mitarbeiter wurden darauf hingewiesen, dass keine Bemühungen geduldet würden, solche Initiativen durch „verschleierte oder unklare Formulierungen“ zu tarnen. Ihnen wurde eine Frist von zehn Tagen gesetzt, Beobachtungen an eine spezielle E-Mail-Adresse zu melden – ohne Disziplinarmaßnahmen fürchten zu müssen.

Ein Schritt zurück?

Dieser Schritt könnte als Teil eines umfassenderen Plans gesehen werden, die politische Agenda der Trump-Regierung durchzusetzen, einschließlich verschärfter Maßnahmen gegen Einwanderung. In einem Memorandum wies das Justizministerium US-Staatsanwälte an, staatliche und kommunale Behörden ins Visier zu nehmen, wenn diese sich weigerten, die neuen Einwanderungsrichtlinien durchzusetzen.

Gleichzeitig bereitet sich das Heimatschutzministerium auf Razzien in Städten mit hohen Zahlen undokumentierter Migranten vor. Die Sorge der Regierung: Mitarbeiter könnten sich weigern, „unmoralische oder ungesetzliche“ Anordnungen auszuführen. Konsequenzen für Staatsanwälte, die nicht kooperieren, stehen offenbar ebenfalls im Raum.

Aber: Wie weit kann eine Regierung gehen, ohne grundlegende Rechte und Freiheiten zu verletzen?

Murdochs Medienimperium entschuldigt sich bei Prinz Harry

Rupert Murdochs News Group Newspapers hat sich offiziell bei Prinz Harry entschuldigt – ein bedeutender Moment in einem jahrelangen Rechtsstreit. Der Fall betrifft den Abhörskandal um das inzwischen eingestellte Boulevardblatt *News of the World*.

Kurz vor Prozessbeginn einigten sich die Parteien auf einen millionenschweren Vergleich. Laut Insider-Quellen beläuft sich die Summe auf mindestens 10 Millionen Pfund (etwa 11,5 Millionen Euro).

Die Entschuldigung betrifft auch das Boulevardblatt *The Sun*. Beide Zeitungen wurden



beschuldigt, massiv in das Privatleben des Prinzen eingegriffen zu haben – ein Fall, der nicht nur Harry, sondern das gesamte britische Königshaus erschütterte.

Nordafrika: Europas unsichtbare Mauer gegen Migranten

Die europäische Migrationspolitik zeigt Wirkung – auf Kosten der Menschenrechte. Während der Widerstand gegen Migration in Europa wächst, setzen nordafrikanische Staaten verstärkt auf Abschiebungen und strikte Grenzüberwachung.

Ein Beispiel: Libyen deportierte im vergangenen Monat mehr als 600 Männer aus dem Niger. Diese Entwicklungen sind Teil bilateraler Abkommen der EU mit Ländern wie Tunesien, Marokko und Mauretanien. Diese Partnerschaften umfassen finanzielle Unterstützung, um Migration zu unterbinden.

Doch die Kehrseite dieser Strategie bleibt bedrückend. Menschenrechtsorganisationen berichten von systematischen Übergriffen: Migranten werden in der Wüste ausgesetzt, ohne Wasser oder Nahrung. Viele landen in überfüllten Gefängnissen – fernab der europäischen Öffentlichkeit.

Ist das der Preis für eine sinkende Zahl illegaler Grenzübertritte?

Weitere Schlagzeilen aus der Welt



- **Ukraine:** Nordkoreanische Soldaten unterstützen Russland – sie agieren mit eigenen Taktiken.
- **Nahost:** Israel verstärkt eine neue „Antiterror-Operation“ im Westjordanland.
- **Australien:** Eine Serie antisemitischer Angriffe verunsichert die jüdische Gemeinschaft. Die Behörden prüfen Verbindungen zu „ausländischen Akteuren“.
- **Großbritannien:** Ein russisches Spionageschiff wurde erneut vor der Küste gesichtet.
- **Südkorea:** Der ehemalige Präsident des Flughafenbetreibers, an dem sich kürzlich ein Flugzeugunglück ereignete, wurde tot aufgefunden.
- **Kalifornien:** Ein neuer Waldbrand nördlich von Los Angeles sorgt für erneute Evakuierungen.
- **Spanien:** Einzelne Eltern können nun die gleiche Elternzeit beantragen wie Paare – ein richtungsweisender Gerichtsbeschluss.

Fazit?

Die politischen und gesellschaftlichen Ereignisse dieser Woche zeichnen ein Bild von Konflikten, Machtspielen und schwindenden Grenzen zwischen Rechtsstaatlichkeit und Interessenpolitik. Ob in den USA, Nordafrika oder Europa – überall stellt sich die Frage: Wohin führt diese Entwicklung?

Ein Blick auf die Schlagzeilen zeigt, dass viele der heutigen Herausforderungen nicht nur lokal, sondern global wirken. Und dass es immer Menschen gibt, die ihre Stimme erheben, um auf Missstände hinzuweisen.